

*Bloßes Lob des Friedens ist einfach, aber wirkungslos.
Was wir brauchen, ist aktive Teilnahme am Kampf
gegen den Krieg und alles was zum Krieg führt.*
Albert Einstein

Liebe Friedensfreundinnen und-freunde,

In reichlich einer Woche findet der alljährliche Ostermarsch statt. Am 15.4. wollen wir von der Ägidienkirche zum Steintor ziehen und dort für Frieden und Abrüstung demonstrieren. Da leider gleichzeitig das Fußballspiel von Hannover 96 gegen den BTSV angesetzt wurde und sich die Polizei skandalöser Weise bis heute weigert uns klare Aussagen über eventuell zu erwartende Auflagen zu machen, bitten wir: Haltet euch aktuell auf Laufenden. Auf www.frieden-hannover.de gibt es ständig aktualisierte Hinweise. Bitte lasst euch nicht von der zu erwartenden Panikmache rings um das Spiel einschüchtern und kommt zum Ostermarsch. Lasst uns gemeinsam ein kraftvolles Signal setzen!

Den Schwerpunkt diesen Newsletters bilden zwei größere Themen. Zum einen berichtet Brunhild Müller-Reiß zu Rojava, andererseits wird über die Kampagne gegen Atomwaffen und dazu stattfindenden Aktionen berichtet. Den Abschluss bildet eine Rezension zu „Kriegsfolgen“, welches im Verlag Region und Geschichte erschienen ist und sich mit dem Umgang mit Geschichte in Spanien und in Deutschland am Beispiel der Legion Condor und der Bombardierung Gernikas, die sich am 26.4. zum 80.mal jährt, beschäftigt.

Die Themen im Einzelnen:

- Termine
- Ostermarsch 2017
- Linktipp: Tagung Generationendialog in der Friedensbewegung
- Rojava
- Büchel
- Rezension: Kriegsfolgen

Mit friedlichen Grüßen
für Friedensbüro und DFG-VK

Ralf Buchterkirchen



Termine

- Die, 12.4. 19 Uhr Aktiventreffen der DFG-VK, Kargah
- Sa, 15.4. Ostermarsch 2017, 11 Uhr Ägidienkirche
- Mi, 19.4. um 19 Uhr Aktiventreffen im Kargah, Raum 5, 1.St.
- Fr, 28.4. um 19 Uhr Offenes Friedenspolitisches Treffen im Café K, Haltestelle Nieschlagstr. (falls geschlossen im Shandiz gegenüber)
- Di, 2.5. um 19 Uhr Friedenspolitischer Arbeitskreis im Pavillon - als Thema habe ich mir Dieter Grimm: Europa ja, aber welches? notiert

Ostermarsch 2017

Friedensbüro Hannover e.V. und DFG-VK Hannover rufen auf zu Ostermarsch - Demo und -Kundgebung unter dem Motto

Es geht auch anders: Investieren in Frieden und Gerechtigkeit – nicht in Waffen und Krieg

Ostersamstag, 15. April 2017, 11:00 Uhr in der Aegidienkirche: Gedenken, danach Start der Demo durch die Innenstadt, Kundgebung am Steintor ab 12:00 Uhr, dort: Weltmarkt mit vielerlei Informationen



Es sprechen:

- Lühr Henken Friedensratschlag
- Hermann de Boer - AK Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
- Jessica Lüders - Verdi Jugend- und Auszubildendenvertreterin

Der Aufruf wird unterstützt durch: Hiroshima-Bündnis, AK Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der ev. Kirchen in Niedersachsen, attac Hannover, Verdi Bezirk Hannover/Leine-Weser, IG Metall, DGB, Bezirksrat Linden-Limmer, VVN/BdA, VEN Nds., Die LINKE.Region Hannover, Die Linke.SDS, Linksjugend, DKP, SDAJ, DIDF, „Kein Militär mehr“ – (Stand 16.02.2017)

Mehr Infos: www.frieden-hannover.de

Tagung zu Generationendialog in der Friedensbewegung

Mitteilung des Bundes für Soziale Verteidigung Ende März hat die Tagung "Von Ungestüm bis Unruhestand - Friedensengagement gestern, heute, morgen" in Hannover stattgefunden. Hier geht es zu einem ersten, unvollständigen Bericht:

<http://www.soziale-verteidigung.de/news/meldungen/tagung-von-ungestuem-bis-unruhestand-friedensengagement-gestern-heute-morgen/>.

Er wird in den nächsten Wochen noch ergänzt werden, und natürlich wird es auch wieder eine Dokumentation in Form eines Hintergrund- und Diskussionspapiers geben.

Rojava – Ausstellung und Veranstaltungen im März 2017

Vom 1. bis zum 27. März 2017 wurde im Kulturzentrum Pavillon die Ausstellung ‚ROJAVA – Frühling der Frauen‘ gezeigt. Sie ist aus einer Reise nach Rojava mit der Frauenstiftung WJAR (Stiftung der freien Frauen von Rojava) im Dezember 2015 entstanden.

Rojava ist ein relativ autonomes Gebiet im Norden Syriens. Kobane, eine Stadt in Rojava, rückte als Symbol des Widerstands gegen den IS für eine kurze

Zeit ins Zentrum der Weltöffentlichkeit – jetzt ist sie weitgehend aus der medialen Wahrnehmung wieder verschwunden. Gegenwärtig wird das fast vollständig zerstörte Kobane wieder aufgebaut. Darüber hinaus aber geht es in Rojava um den Aufbau demokratischer, selbstbestimmter Strukturen. Dazu gehören zentral die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen und die Einbindung bereits existierender Frauenstrukturen. In Rojava wird ein neues Gesellschaftsmodell erprobt, das z. B. die Trennung von Staat und Kirche vorsieht und versucht, alle ethnischen, religiösen und sprachlichen Gruppen gleichermaßen an der Gesellschaft zu beteiligen.



Die Ausstellung zeigte anschaulich – verbunden mit erklärenden Texten – wie versucht wird, ein Modell nach und nach Realität werden zu lassen, das auch für uns Vorbildcharakter haben kann und das unsere Unterstützung und sicherlich auch solidarisch-kritische Nachfragen verdient



Informationen finden sich unter: rojavafuehrlingderfrauen.blogspot.eu und bei Interesse an Broschüre/Ausstellung wjar2014int@gmeil.com.

Zwei Veranstaltungen ergänzten die Ausstellung: 1. März 2016 – 19.00 Uhr, Pavillon ‚Ohne Freiheit der Frau keine Demokratie‘. Referentin: Annett Bender, Mitarbeiterin der Ausstellung ‚Frühling der Frauen‘: Referat und Diskussion. Die Referentin berichtete über Frauen, die in Rojava überall präsent sind und

sich nach und nach alle wichtigen Bereiche erobern. „Wenn hier die Frauen aufhören würden zu arbeiten oder sich aus den Gruppen und Institutionen zurückzögen, würde die kurdische Gesellschaft völlig kollabieren.“

16. März 2016 – 19.00 Uhr, „Rojava – vom Aufbau einer Basisdemokratie in einer Kriegsregion“
Bericht und Diskussion am 16.3. 19.00 im Raschplatzpavillon
Rojava - Aufbau einer Basisdemokratie in einer Kriegsregion

Die Referentin berichtete über den basisdemokratischen Ansatz und die aktuelle Situation in der nordsyrischen Region Rojava. Männer und Frauen, die hier eine zentrale Rolle haben, arbeiten in Kommunen und Räten gleichberechtigt und gemeinsam am Wiederaufbau und einem Leben in Freiheit und organisieren ihren gesamten Alltag incl. Produktion, Bildung und Verteidigung selbst. Wie funktioniert so ein selbstbestimmtes Leben in einer Region, die durch patriarchale Traditionen und religiöse Konflikte geprägt ist und die im Norden durch die Türkei, im Süden durch den IS bedroht wird? Wie können wir praktische Solidarität üben?

Getragen wurden Ausstellung und Veranstaltungen von: Friedensbüro Hannover; Raschplatzpavillon; Rosa Luxemburg-Stiftung Niedersachsen; SolidaritätsGruppe Rojava

Resümee: Beide Veranstaltungen ebenso wie die Ausstellung waren sehr gut besucht; es folgte ein lebhaftes solidarisches Gespräch. Derzeit konstituiert sich eine Gruppe, die kontinuierlich zum Thema Rojava arbeiten wird.

In dieser Gruppe, aber auch unabhängig davon, sollte Solidarität mit einem kritischen Diskurs verbunden bleiben. Zu oft schon haben wir ein Scheitern hoffnungsvoller alternativer Projekte erlebt.

- Wie gelingt es, die dem Gesellschaftsprojekt fragend bis feindlich gegenüberstehenden Menschen und Gruppen einzubinden? Denn es gibt sicher auch Verlierer_innen in Rojava. Können traditionelle Strukturen mit dem neuen Ansatz demokratisch verbunden werden?

- Wie kann es gelingen, eine geschlechtergerechte Gesellschaft aufzubauen? Was ist mit Männern, die ihre traditionellen patriarchalen Rechte verlieren? Wie können sie gewonnen werden? Wie wird auch der familiäre, private Bereich transformiert und in die öffentliche Diskussion einbezogen?
- Wie kann verhindert werden, dass die Verteidigungsarmee sich verselbständigt? Dass militaristisches Denken, militaristische gesellschaftliche Strukturen zu dominierenden Bereichen werden und nicht einer Notsituation geschuldete Bereiche sind, die es auch wieder abzuschaffen gilt?
- Wie kann dem äußeren Druck in einem Kriegs- und Krisengebiet standgehalten werden ohne dass nationalistische Tendenzen entstehen?

Bleiben wir solidarisch und kritisch. Damit wir voneinander lernen und uns so gegenseitig unterstützen können.



Ja zu einem Atomwaffenverbot

Friedensgruppen, engagierte Einzelpersonen und Bürgermeister aus über 40 deutschen Städten beteiligen sich vom 26. bis 31. März an der bundesweiten Aktionswoche „Ja zu einem Atomwaffenverbot“.

Bürgermeister Kazumi Matsui aus Hiroshima und Präsident der Mayors for Peace (die das Ziel verfolgen, „Atomwaffenfrei bis 2020“ zu sein) hat alle (über 7.000) Mitgliedsstädte der „Mayors for Peace“ weltweit und mehr als 460 Städte in Deutschland und auch Hannover dazu aufgerufen, diese Verhandlungen zu unterstützen.

Aus der Landeshauptstadt Hannover sind das Hiroshima-Bündnis und das Friedensbüro dabei, um auf die an der UNO in New York zeitgleich stattfindende erste Verhandlungsrunde für ein Atomwaffenverbot aufmerksam zu machen. Eine breite Mehrheit der Staaten hatte am 23. Dezember 2016 bei der UN Generalversammlung beschlossen, noch 2017 Konferenzen für diese Verhandlungen einzuberufen. Deutschland hatte wie die meisten NATO-Staaten gegen die Resolution gestimmt und wird daher dieser ersten Verhandlungsrunde

fernbleiben, wie das Außenministerium in einem Schreiben an mehrere Friedensorganisationen erklärt hatte.

Deutschland vergibt mit ihrer Entscheidung die Chance, sich an einer für die Weiterentwicklung des Völkerrechts zentralen multilateralen Debatte zu beteiligen. Das bedeutet: ab dem 27. März diskutieren geschätzte 130 Staaten über einen Vertrag, der die Ächtung und Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen zum Ziel hat und Deutschland fehlt bei diesem Prozess.

Die Bundesregierung begründet ihre Haltung unter anderem damit, dass ein Vertrag wirkungslos bleibe, sofern die Atomwaffenstaaten nicht eingebunden sind. Die Befürworter halten es demgegenüber, wie bei den Verboten von Bio- und Chemiewaffen, die Ächtung der Atomwaffen für einen unabdingbaren Schritt, die Abrüstung hin zu einer atomwaffenfreien Welt voranzubringen – auch, wenn nicht alle Staaten diesem Schritt von Anfang an folgen. Mit ihrem Boykott schadet die Bundesregierung aus unserer Sicht der abrüstungspolitischen Glaubwürdigkeit Deutschlands.

Eine atomwaffenfreie Welt, wie sie die Regierung offiziell zum Ziel hat, ist ohne ein Verbot nicht erreichbar. Noch immer befinden sich über 15.000 atomare Sprengköpfe vor allem auf der Nordhalbkugel der Erde. Der Großteil davon gehört den USA und Russland.

Auch in Deutschland lagern US-Atomwaffen in der Eifel. Daher nehmen das **Hiroshima-Bündnis** und das **Friedensbüro Hannover** am 26. März an der **Auftaktveranstaltung der zwanzigwöchigen Aktionspräsenz am Atomwaffenlager Büchel** teil und bekräftigen damit die **Notwendigkeit eines Atomwaffenverbots**.



Bericht über den Start der Aktionspräsenz in Büchel

In der Woche vom 27. - 31. März 2017 wurde bei der UNO in einer ersten Runde über ein

Atomwaffenverbot verhandelt. Im letzten ‚Newsletter‘ wurde bereits darüber berichtet.

Der Kampagnenrat von **„Büchel ist überall! atomwaffen abschaffen. jetzt“** hatte deshalb alle Interessierten und engagierten Friedensgruppen am Vortag - dem 26.3. - zu einer „abrüstungspolitischen Matinee“ in die Jugendherberge nach Cochem eingeladen. Es hatten sich etwa 80 Menschen eingefunden, die sich mit den vorgefertigten Ortsschildern ihrer Städte, mit denen auf das Atomwaffenverbot hingewiesen wurde, auch zu einem Foto aufstellten.

Die anschließende Podiumsdiskussion wurde eingeleitet durch einen Vortrag von Regina Hagen, die als Redakteurin der Zeitschrift ‚Wissenschaft und Frieden‘ über die Aufrüstung der Atomwaffen und den damit verbundenen gesellschaftspolitischen Gefahren kompetent berichtete. Durch diese Einführung wurde erneut der besondere Stellenwert und die Notwendigkeit der Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot hervorgehoben. Nach dem Vortrag wurden Verständnisfragen geklärt und auf die Dringlichkeit hingewiesen, die Kampagne zu verstärken.

Ursprünglich waren für das Podium Abgeordnete aus dem Bundestag und verschiedenen Landtagen vorgesehen, die mit ihren Statements die inhaltlichen Positionen zu den immer noch in Büchel stationierten Atomwaffen darlegen sollten. Alexander Ulrich (Die Linke) machte seine ablehnende und die Kampagne unterstützende Haltung sehr deutlich, während der lokale (sehr junge) SPD-Bundestagsdirektkandidat Benjamin Zilles keine Ahnung hatte und offensichtlich von der Thematik überfordert war. Immerhin begleitete er die Veranstaltung bis zum Ende und war am Fliegerhorst auch noch dabei.

Um zum 20 km entfernten Fliegerhorst in Büchel zu kommen, gab es genügend Mitfahrgelegenheiten. Am Fliegerhorst wurden wir bereits von der Polizei erwartet. Von Seiten des Militärs waren die Drahtgitter im Vergleich zum letzten Jahr an den Kreisel vorverlagert worden. Die mitgebrachten Transparente, die an diesen befestigt wurden, bemühten sich die Soldaten immer wieder zu

entfernen. Nach dem x-ten Versuch gab es wohl die Order, sie hängen zu lassen. Nachdem sich alle aus Cochem eingefunden hatten, waren es mehr als 200 Personen, die sich zu einer imposanten Demonstration angesammelt hatten.

Am Fliegerhorst wurden von mehreren Bürgermeistern aus verschiedenen Städten und Gemeinden der Mayors for Peace-Kommunen – z. B. darunter der Bürgermeister von Düsseldorf, Günter Karen-Jungen (Bündnis 90/Die Grünen) – Grußworte und Solidaritätsbekundungen verlesen. Hannover als Lead-City der Mayors for Peace war leider nicht vertreten. Allerdings besteht die Möglichkeit, für die 2. Verhandlungsrunde der UNO-Arbeitsgruppe im Juli und zum Flaggentag diese Stellungnahme noch einzuholen!?

Bis zum 9. August wird es an diesem Ort weitere Aktivitäten geben. Bereits am Montagmorgen

(27.3.) hatten sich das Jugendnetzwerk „JunepA“ und andere Gruppen zu einer Blockade angekündigt. Für den 17. April ist erneut ein Ostermarsch geplant, im Juni gibt es ein Symposium der Ärztesvereinigung gegen Atomwaffen (IPPNW) mit Gästen aus Norwegen, Schweden, den Niederlanden und Schottland. Den Abschluss der Aktionspräsenz bilden die Fastenaktionen rund um die Hiroshima- und Nagasaki-Tag.

Wer sich auf den Weg nach Büchel machen möchte, kann sich über die website www.buechel-atombombenfrei.de informieren, anmelden und aktiv werden. Es lohnt sich immer.

An dieser Stelle möchte ich auf ein anderes, in die Vergessenheit geratenes Datum hinweisen. Vor genau 50 Jahren (1967) wurde der Vertrag von Tlatelolco in Mexiko von 33 Staaten ratifiziert, in dem Südamerika und die Karibikstaaten zur Atomwaffenfreien Zone erklärt wurde.

Ihre starken Bedenken gegen die mögliche atomare Bewaffnung der Bundeswehr haben deutsche Wissenschaftler bereits **1957** in der „Erklärung der Göttinger 18“ formuliert. (Es waren: Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef

Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Paul, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker und Karl Wirtz)

Damit wird deutlich, dass die Existenz der Atomwaffen ausschließlich eine machtpolitische, militärische Option darstellt, die von den Regierungen politisch gewollt ist, obwohl damit die globale Existenz gefährdet ist.

Hier das Göttinger Manifest im Wortlaut:

Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichnenden Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist eine Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichnenden fühlen sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.

1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als "taktisch" bezeichnet man sie, um auszudrücken, dass sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im Ganzen sehr viel größer sein. Als "klein" bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten "strategischen" Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

► „ (...) Unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaften und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer *Verantwortung für die möglichen Folgen der Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.* (...)“ aus dem Göttinger Manifest von 1957

2. Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt.

Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich schon heute ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, dass die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle des Versagens für tödlich. Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, dass es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichnenden bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Gleichzeitig betonen wir, dass es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walther Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max v. Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Paul, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Karl Wirtz

Rezension: Kriegsfolgen – Über die Schwierigkeiten beim Umgang mit der Militärgeschichte in Deutschland und Spanien

Am 26. April jährt sich zum 80. Mal ein Ereignis, das sich tief in die baskische und die europäische Geschichte einschrieb: die Bombardierung Gernikas (span. Guernica). Der Angriff auf Gernika, als Symbol baskischer Kultur, durch Francos Bomber und unter Beteiligung des deutschen Boelcke-Geschwaders hatte das Ziel, den baskischen Widerstand zu brechen. Zugleich sollte die Bombardierung aus deutscher Sicht eine Probe für die folgenden Angriffe im im Zweiten Weltkrieg darstellen. Ausgebildet wurden die Flieger des Boelcke-Geschwaders im einige Kilometer nordwestlich von Hannover gelegenen Wunstorf.

Hubert Brieden / Comisión de Bombardeo / Mechtild Dortmund / Tim Rademacher



Gernika (Guernica) / Bizkaia und Wunstorf / Region Hannover
Über die Schwierigkeiten beim Umgang mit der Militärgeschichte
in Deutschland und Spanien

Edition Region + Geschichte

Der englische Journalist George Steer machte das Verbrechen gegen die Bevölkerung Gernikas damals in einem Zeitungsartikel in der „Times“ bekannt, Pablo Picasso schuf sein bekanntestes Gemälde – „Guernica“ – nach den Schilderungen Steers. Trotzdem war es bis zum Ende der Franco-Zeit 1975 offizielle Politik, zu behaupten, die Basken hätten Guernica selbst angezündet. Anderslautende Berichte wurden verfolgt. Aber auch nach dem Tod Francos dauerte es noch lange, bis sich die historische Wahrheit durchsetzte.

Die Broschüre „Kriegsfolgen – Gernika (Guernica) / Bizkaia und Wunstorf / Region Hannover – Über die Schwierigkeiten beim Umgang mit der Militärgeschichte in Deutschland und Spanien“, herausgegeben von Hubert Brieden, der Comisión de Bombardero, Mechthild Dortmund und Tim Rademacher, beschäftigt sich mit dem Umgang mit der Vergangenheit, sowohl in Spanien, als auch in Deutschland, in Wunstorf. Sie tut dies bewusst nicht über historische Analysen, sondern lässt die Akteur*innen zu Wort kommen, jene, die sich seit Jahrzehnten für eine Erinnerungskultur vor Ort einsetzen und politisch wirken.

Zwei Kleinstädte in Europa ...
Wunstorf, Germaniestadt in der Region Hannover / Deutschland
Gernika/Bizkaia, kulturelles Zentrum im Baskenland / Spanien
... und die Folgen des Krieges



Edition Region + Geschichte
ISBN 978-3-930726-30-1

Den Anfang macht die Comisión de Bombardero (baskisch „Gernika Batzordea“), die Bombardierungskommission. Beginnend bei ihrer Gründungsversammlung am Ende der Diktatur unter Franco berichtet sie von ihrer Geschichte und ihren Forderungen:

- Die historische Wahrheit der Bombardierung wird anerkannt und die Verantwortung dafür entsprechend zugewiesen.
- Gernika wird Stadt der Kultur und des Friedens.
- Das Picassobild „Guernica“ wird nach Gernika überführt (Guernica Gernikara).

Bis heute sind die Forderungen nicht erfüllt. Die Comisión de Bombardero erzählt, wie sich Regierungen und lokale Behörden gegen ein angemessenes Gedenken und eine Aufarbeitung sträubten.

In weiteren Beiträgen setzt sich Hubert Brieden mit der Aufarbeitung, insbesondere in Wunstorf auseinander. Er berichtet detailliert und fachkundig über die Geschichte der Oswald-Boelcke-Straße in Wunstorf, die eigentlich mal Bürgermeisterstraße hieß. Von den Nazis wurde sie nach Oswald Boelcke benannt, erhielt dann in den 50ern kurzzeitig den Namen eines Heimatdichters, der Hitler unterstützte. Er führt aus, wie Stadt und Politik auf dem Namen Boelcke beharrten – und welcher Protest stattfand, um sie umzubenennen. Brieden thematisiert ebenso den Bau der JU-52-Halle (Die JU-52 war das Flugzeug, welches maßgeblich an der Bombardierung Gernikas beteiligt war.) und stellt den skandalösen Umgang der Stadt Wunstorf mit einem baskischen Chor dar, der im November 2013 die militärische (militaristische) Ausstellung sehen wollte. Schnell wird deutlich: Auch im 21. Jahrhundert ist „Traditionspflege“ zur Wehrmacht wichtiger als ehrliche Aufarbeitung und Erkenntnis.

Die Beiträge sind subjektiv gefärbt. Das ist logisch, schließlich sprechen die Aktiven selber und lassen nicht sprechen. Gerade dies macht jedoch den Reiz der Broschüre aus, die einen leichtgängigen und flüssigen Zugang bietet – und selbstverständlich sind dennoch sämtliche Fakten gut belegt. Die Broschüre ist informativ und lesenswert und kann direkt über die Homepage des Verlags bezogen werden: Edition Region + Geschichte des Arbeitskreises Regionalgeschichte, www.ak-regionalgeschichte.de.

Hubert Brieden, der Comisión de Bombardero, Mechthild Dortmund und Tim Rademacher: Kriegsfolgen – Gernika(Guernica) / Bizkaia und Wunstorf / Region Hannover – Über die Schwierigkeiten beim Umgang mit der Militärgeschichte in Deutschland und Spanien“, Neustadt am Rübenberge, 2017, ISBN: 978-3-930726-30-1

Regelmäßige Termine des Friedensbüro Hannover



Friedenspolitischer Arbeitskreis
an jedem 1. Dienstag im Monat 19 Uhr im Pavillon Lister Meile 1)

Aktiventreffen an jedem 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr in Hannover im Haus der Jugend, Maschstr.

Offenes Treffen des Friedensbüros an jedem letzten Freitag im Monat um 19 Uhr im Café K, Hannover Linden; Pariser Platz

Termine der DFG-VK Hannover



Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Ortsgruppe Hannover trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr im Kargah.

Homepage:

<http://frieden-hannover.de>

<http://hannover.dfg-vk.de>

<http://deserteure-hannover.de>

Impressum/Hinweise

Dieser Newsletter erscheint monatlich und wird herausgegeben vom Friedensbüro Hannover und der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Hannover.

Kritik, Hinweise und Vorschläge bitte an newsletter@frieden-hannover.de

Redaktion: Ralf Buchterkirchen

buchterkirchen@dfg-vk.de

Leider können sich Termine ändern oder verschieben. Aktuelle Informationen finden sich unter www.frieden-hannover.de oder hannover.dfg-vk.de.

Steuerlich abzugsfähige Spenden

Friedensbüro Hannover e.V.

Bank für Sozialwirtschaft,

BIC BFSWDE33HAN

IBAN DE95251205100009453900

Studie kritisiert Bundeswehr-Werbekampagnen

Eine Analyse aktueller Bundeswehr-Werbekampagnen der „Informationsstelle Militarisierung“ in Zusammenarbeit mit der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ zeigt, wie skrupellos das Verteidigungsministerium bei seiner Nachwuchswerbung und Öffentlichkeitsarbeit vorgeht. Es wird getrickst, getäuscht und gelogen.

„Es bedarf dringend einer politischen Debatte über die Außendarstellung der Bundeswehr“, zu diesem Fazit kommt der Politikwissenschaftler Michael Schulze von Glaßer in einer gerade veröffentlichten Studie über die aktuellen Werbekampagnen der Bundeswehr. Seit November 2015 ist die Armee mit ihrer Kampagne unter dem Motto „Mach, was wirklich zählt“ im öffentlichen Raum präsent: „Es wird ein Bild von der Bundeswehr präsentiert, das nicht der Realität entspricht“, heißt es in der bei der „Informationsstelle Militarisierung“ (IMI) in Tübingen veröffentlichten Studie. Darin sind die verschiedenen Teile der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne der Armee sowie die Bundeswehr-YouTube-Serie „Die Rekruten“ detailliert beschrieben – und werden analysiert. „In der Werbung wird das Soldatin- und Soldat-sein sehr unpolitisch, dafür aber der persönlichen Entwicklung dienlich dargestellt“, kritisiert Michael Schulze von Glaßer. Heikle Themen wie Auslandseinsätze, Tod und Verwundung würden kaum oder nur oberflächlich angesprochen. Teilweise werde gar versucht, den militärischen Charakter der Bundeswehr herunterzuspielen. Während der letzten Olympischen Spiele warb die Bundeswehr beispielsweise mit ihren Sportsoldatinnen und -soldaten und dem Spruch „Ausbilder von Vorbildern“ für den Dienst an der Waffe: „Die Bundeswehr ist aber kein Sportverein“, so Schulze von Glaßer: „Die Bundeswehr versucht junge Leute mit Versprechungen zu sich zu locken, die sie dann nicht halten kann“, fasst der Politikwissenschaftler zusammen. [...]

Studie zum Download: <http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2017-1-Bundeswehrwerbung-web.pdf>